



Thomas Stöckli,
Redaktor.

Der Staat – das sind wir alle

«Die dort oben in Bern machen ja sowieso, was sie wollen.» So und ähnlich tönt es an Stammtischen und in Onlineforen. Das Verständnis für politische Prozesse hält sich vielerorts in engen Grenzen. Dabei braucht eine lebendige direkte Demokratie Mitwirkung. Sie braucht Engagement. Und sie braucht vor allem auch Nachwuchs.

Genau da setzt der Verein «Schulen nach Bern» mit seinem «SpielPolitik!» an. Er zeigt Jugendlichen auf, wie sie mit ihren Ideen Gehör finden. Er ermöglicht es ihnen, auf den Sitzen von «denen da oben» Platz zu nehmen, demokratische Prozesse auf spielerische Art kennen und anwenden zu lernen. So werden komplexe Vorgänge transparent. Politik als Chance, nicht als Unterdrückung.

Die Investition in politische Bildung ist demnach auch eine Investition in ein Miteinander. Ins Verständnis, dass in einer Demokratie, die diesen Namen verdient, der Staat nicht eine obskure Macht «dort oben» ist, sondern die Gesamtheit seiner Mitglieder. Also wir alle.



Grosser Moment im Nationalratssaal: Caroline Plattner mit den Schülerinnen und Schülern ihrer Klasse B3b vor dem Highlight der zweitägigen Exkursion.

Bild: Thomas Stöckli

Jugend im Bundeshaus

Bezirksschulklasse aus Muri hat im Polit-Planspiel des Vereins «Schulen nach Bern» mitgewirkt

Am Beispiel eigener «Initiativen» den Prozess im nationalen Parlament spielerisch kennenlernen – diese Gelegenheit bot sich auch einer Klasse aus Muri.

Thomas Stöckli

Politik verständlich machen und demokratische Werte vermitteln, darum geht es dem Verein «Schulen nach Bern». Sein Angebot «SpielPolitik!»

wurde letzte Woche mit dem Föderalismuspreis der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit ausgezeichnet. «Der Preis bringt uns Sichtbarkeit», hielt Maja Riniker, Nationalratspräsidentin und Co-Präsidentin des Vereins «Schulen nach Bern», nun erfreut fest. Diese Woche schlüpfte sie im Rahmen des Planspiels für Jugendliche im Bundeshaus einmal mehr in die Rolle einer Bundesrätin. Eine von vier Klassen, die mitspielen durften, ist die B3b aus Muri. Sie hat sich schon vorgängig in-

tensiv mit dem Thema befasst, eine Partei gegründet und eine Volksinitiative formuliert. Im Rahmen des Planspiels stand diese Woche eine zweitägige Exkursion nach Bern auf dem Programm. Hier haben die Schülerinnen und Schüler mit den drei anderen teilnehmenden Klassen, eine aus der Deutschschweiz, zwei aus der Romandie, in Kommissionssitzungen über die vier Initiativen diskutiert und die Erkenntnisse in mehreren Fraktionssitzungen ausgetauscht.

Am zweiten Tag schlossen eine exklusive Führung durchs Bundeshaus und die Session im Nationalratssaal ein intensives Programm ab. «Der Aufwand ist gross – für alle», zieht Klassenlehrerin Caroline Plattner Bilanz. Dem stehe allerdings auch die einmalige Gelegenheit gegenüber, im Nationalratssaal zu sitzen und zu debattieren. «Ich hoffe, dass dies bei der einen oder beim andern etwas auslöst.»

Bericht Seite 7

Demokratie zum Mitspielen

Die Murianer Bezirksschulklasse von Caroline Plattner hat im Bundeshaus über Jugend-Anliegen debattiert

«SpielPolitik!» bietet Oberstufenklassen die Möglichkeit, die nationale Politik und den Gesetzgebungsprozess im Parlament kennenzulernen. Den Höhepunkt bilden zwei Projektstage in Bern. Diesmal durfte auch eine Klasse aus Muri im Nationalratssaal Platz nehmen.

Thomas Stöckli

Zum Schluss der Session wird es im Nationalratssaal hoch spannend. «Bessere psychologische Unterstützung für Jugendliche», das fordert die Klasse B3b der Bezirksschule Muri in ihrer Initiative. Konkret soll in der Bundesverfassung verankert werden, dass alle Jugendlichen das Recht auf angemessene psychologische Unterstützung durch Fachpersonen erhalten, und zwar kostenlos. Es ist an diesem Tag das einzige Anliegen, das vom «Bundesrat» mit einem direkten Gegenvorschlag gewürdigt wird, mit der Anpassung, dass die Angebote nicht kostenlos, aber niederschwellig, bedarfsgerecht und finanziell tragbar sein sollen. Bei den Jugendlichen kommt diese Variante allerdings nicht gut an. Sie wird mit 6 zu 60 Stimmen abgeschmettert. Der direkte Gegenvorschlag der Kommission schneidet besser ab. Hier wird die Finanzierung geregelt «in Zusammenarbeit zwischen Behörden, Versicherungen und privaten Akteuren.» Mit 60 zu 4 Stimmen wird dieser Gegenvorschlag gutgeheissen. Und dann der grosse Moment, die Abstimmung über die eigentliche Initiative. Trotz zahlreicher Abweichler im Murianer Block reicht es, hauchdünn: mit 33 Ja- zu 30 Nein-Stimmen. Als einzige Initiative der Session würde demnach jene der Murianerinnen und Murianer mit Zustimmung-Empfehlung des Nationalrats vors Volk kommen.

Freude an Politik vermitteln

Die Debatte am Mittwochmittag im Nationalratssaal ist der würdige Höhepunkt im «SpielPolitik!». Im Rahmen des Planspiels mit zweitägigem Finale in Bern lernen die vier Schulklassen – je zwei aus der Deutsch- und der Westschweiz – die Spielregeln der Politik realitätsnah kennen, von der Anfangsidee bis zur Volksabstimmung. Als «Nationalratspräsident» leitet Samuel Bärtschi, Vorstandsmitglied des Vereins «Schulen nach Bern», die Debatte, die Rolle des Bundesrats spielt keine Geringere als die echte Nationalratspräsidentin, Maja Riniker. Die FDP-Frau aus Suhr ist schliesslich Co-Präsidentin des Vereins «Schulen nach Bern». Und als solche durfte sie mit Genugtuung feststellen, wie engagiert die Jugendlichen ihre Anliegen vorbringen und wie gepflegt die Debatte verlief. «Das Projekt ist so wichtig», findet sie. Und nicht nur sie: Die Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (ch) hat den Verein «Schulen nach Bern» für das Projekt «SpielPolitik!» letzte



Showdown im Bundeshaus: Wo sonst die Nationalräte abstimmen, durften am Mittwochnachmittag die Jugendlichen ran. Im Bild die Fraktion aus Muri.

Bilder: Thomas Stöckli



Einmal im Nationalratssaal am Rednerpult stehen – fast alle Schülerinnen und Schüler stellten sich der Herausforderung.



Maja Riniker spielte als Bundesrätin mit.

Woche mit dem Föderalismuspreis ausgezeichnet, der mit 10 000 Franken dotiert ist. «Das Programm «SpielPolitik!» trägt in besonderem Masse dazu bei, Politik verständlich zu machen und demokratische Werte zu vermitteln», lobte die Neuenburger Staats-

«**Wir wollen ermutigen, die Meinung zu äussern**

Maja Riniker, Nationalratspräsidentin

rätin Florence Nater, Präsidentin der Jury und der ch-Stiftung. «Unser Ziel ist, den Jugendlichen zu vermitteln, dass die Demokratie lebendig ist und sie selbst daran teilhaben können», sagt Nationalratspräsidentin Maja Riniker. «Wir wollen sie ermutigen, ihre Meinung zu äussern, ihr Interesse für

politische Fragen wecken und ihnen die nötigen Werkzeuge an die Hand geben, um ihre Standpunkte zu vertreten.»

Ähnliche Ziele nennt auch Caroline Plattner, Klassenlehrerin der B3b aus Muri. So sollen ihre Schülerinnen und Schüler das System der Demokratie verstehen, um allenfalls auch selbst mal Verantwortung zu übernehmen. «Es muss ja nicht im Nationalrat sein», sagt sie, «aber damit unser System funktioniert, braucht es uns alle.» Verantwortung übernommen hat Philip Stalder aus Muri. Er meldete sich freiwillig als Präsident der «Schweizer Partei für den Schutz der Jugend» der Klasse B3b. «Das Projekt hat sehr viel Spass gemacht», sagt er, und der Zusatzaufwand als Parteipräsident sei überschaubar gewesen. Sehr spannend fand er den Rundgang durchs Bundeshaus am Mittwochmorgen, in-

klusive Sitzprobe im Ständerats- und im Nationalratssaal. Alex Herzberg, ebenfalls aus Muri, amtierte als Kommissionspräsident. Und die Boswilerin Gianna Tonolini wurde als Haupt-Stimmzählerin ausgelost. «Ich war erst ziemlich überrumpelt», beschreibt sie. Die Aufgabe bewältigte sie nach einer kurzen Instruktion souverän: Die Zahlen der vier anderen Stimmzählerinnen und -zähler addieren und dann dem «Nationalratspräsidenten» mitteilen. Für die zusätzliche Aufgabe wird sie mit einem exponierten Sitzplatz entschädigt. Wobei es ihr im ersten Moment etwas unwohl gewesen sei, so im Mittelpunkt.

Rolle mit Bravour gemeistert

Auszuzählen gab es dann einiges: Nebst der bereits beschriebenen Initiative aus Muri ging es um geschlech-

terspezifische Preisunterschiede bei Produkten des täglichen Bedarfs, acht Wochen Ferien für Lernende, wobei den Initiativen jeweils ein direkter Gegenvorschlag aus der Kommission gegenüberstand, sowie eine mit dem Ziel eines Bürgerdiensts für alle. Ein Ja resultierte auch zur Ferienverlängerung – allerdings mit der Einschränkung aus der Kommission, wonach die drei zusätzlichen Wochen optional und unbezahlt seien.

«Es war eine sehr spannende und lebhaft Debatt», hielt Samuel Bärtschi in seinem Schlusswort in der Rolle als Nationalratspräsident fest. Und direkt an die Jugendlichen gerichtet: «Wir hoffen, dass das Suchen nach Argumenten und Gegenargumenten sowie das Knüpfen von Kontakten euch Spass gemacht haben. Ihr habt eure Rolle jedenfalls mit Bravour gemeistert.»